



Nein zu Sparmaßnahmen – Priorität für Wachstum und Beschäftigung

Durch die Sparmaßnahmen riskiert Europa eine Rezession und eine weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Die Banken müssen zahlen, nicht die Arbeitnehmer!

Die Finanzkrise hat Europa in die schlimmste Lage seit den 1930er Jahren gestürzt. 23 Millionen Arbeitslose in Europa, Millionen von europäischen Bürgern sind betroffen und verunsichert. In der Folge wachsen soziale Spannungen.

Die europäischen Regierungen halten als einzige Antwort Sparmaßnahmen bereit, mit Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben, die sich auch auf die Systeme der sozialen Sicherheit auswirken.

Die als „Schocktherapie“ präsentierten Sparmaßnahmen sollen aus der Krise herausführen, riskieren jedoch geradewegs eine Rezession wie 1931. Die getroffenen Entscheidungen werden negative Folgen haben: Die Kaufkraft wird sinken, und der Wiederaufschwung rückt in weite Ferne.

Angesichts dieser Lage war die Reaktion der Regierungen völlig unangemessen. Sie haben sich von der Panik mitreißen lassen und den Märkten nachgegeben. Und zum zweiten Mal werden diejenigen bestraft, die bereits mit ihren Arbeitsplätzen die Rechnung für die Krise bezahlt haben.

Weit davon entfernt, die Märkte zu beruhigen, werden die Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben das Wachstum zum Stillstand bringen, und das, obwohl wir nur ein schwaches Wachstum verzeichnen und mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben.

Aus sozialer Sicht steht uns ein sehr harter Winter bevor!

Die Lage ist außerordentlich ernst und Europa muss seine Verantwortung übernehmen

Das soziale Europa steht unter Druck, einem Druck, der noch stärker werden wird, wenn die Regierungen sich zu einem vorzeitigen Ende der Konjunkturprogrammen hinreißen lassen. Das wird ernsthafte soziale Auswirkungen haben. Die Regierungen haben Hunderte von Milliarden ausgegeben, um die Banken zu retten. Wo bleibt jetzt das Geld, um nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu fördern?

Wir haben diese Krise nicht verursacht, und deshalb gehen die europäischen Gewerkschaften in die Offensive: Für ein sozialeres und solidarisches Europa.

Wir fordern:

1. Die Entwicklung einer europäischen Wirtschaftsregierung, mithilfe neuer Instrumente und Einnahmequellen, insbesondere durch die Schaffung einer Finanztransaktionssteuer, durch die Besteuerung von Prämien und Bonuszahlungen, durch die Ausgabe von Euroanleihen sowie eine öffentliche Investitionspolitik für ein nachhaltiges Wachstum.
2. Die EU muss sich nun auf die Senkung der Arbeitslosigkeit - besonders bei jungen Arbeitnehmern - konzentrieren, und zwar mit einem neuen EU-Programm in Höhe von 1% des europäischen Bruttoinlandprodukts. Europa braucht schnellstens eine nachhaltige und dynamische Industriepolitik, die auf einer Politik der Senkung der Kohlenstoffemissionen basiert.
3. Die Einführung von wirtschaftspolitischen Steuerungsmaßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer und grundlegender öffentlicher Dienste und von Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung der Reichen und Privilegierten sowie gegen die unakzeptablen Praktiken bestimmter Banken und Rating-Agenturen wie z.B. Goldman Sachs. Die Europäische Union muss ihre Methoden zur Steuerkoordination ausbauen und die Transparenz in diesem Bereich erhöhen.
4. Der EGB fordert die EU auf, eine Verpflichtung zum sozialen Fortschritt einzuführen (Soziale Fortschrittsklausel), um ein besseres Gleichgewicht zwischen Binnenmarkt und sozialen Rechten zu erreichen.
5. Die umgehende Einführung wirksamer Maßnahmen zur Finanzregulierung auf europäischer und internationaler Ebene.
6. Die Entwicklung einer gemeinsamen Vorgehensweise der europäischen Politik in den Beziehungen zu den Schwellenländern sowie eine Verbesserung der internationalen Kooperation.

Wir müssen dringend für ein sozialeres Europa kämpfen, es darf jetzt nicht den Märkten geopfert werden. Wir wollen den sozialen Fortschritt und wir sagen „Nein“ zu Kürzungen bei der sozialen Sicherung und „Stopp“ zum Sozialdumping.

Beteiligen Sie sich aktiv am europäischen Aktionstag des EGB am 29. September 2010, dem großen europäischen Gewerkschaftsprotest in Brüssel oder an den Aktionen in den einzelnen Ländern.

Wehrt Euch gegen:

- Sparprogramme in Europa,

- Arbeitslosigkeit,
- Verschlechterung der Arbeitsstandards, gegen sozialen Rückschritt und unsichere Jobs,
- Armut und soziale Ausgrenzung.

Kämpft für:

- Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, sicheren Arbeitsplätzen und Ausbildung für alle,
- Garantie eines angemessenen Gehalts,
- Schutz und Entwicklung der Kaufkraft,
- Garantie besserer Renten,
- Einhaltung und Entwicklung von sozialen Standards in allen Ländern und Schaffung von Instrumenten für den sozialen Dialog in ganz Europa,
- Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen und sozialen Diensten.

Gegen ein Europa des Sparens!

Für ein Europa der Beschäftigung, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität!